

Gründung
außer der Sonn- und
Feiertage täglich.
Kostet für das halbe Jahr
5 fl., das Vierteljahr 2 fl.
50 kr., ein Monat 85 kr.
Mit Zulassung in das
Haus 1 fl.
Einzeln Nummern 5 kr.

Mit
Postverendung:
Im Inland:
halbjährig 7 fl., viertel-
jährig 3 fl. 50 kr. 8. W.
Im Ausland:
vierteljährlich 4 fl. 50 kr.
Redacteur und Eigen-
thümer
Th. Steinhilber.

Sermannstädter Zeitung

vereinigt mit dem

Siebenbürger Boten.

Inserate
aller Art werden in der
Steinhilber'schen Buch-
druckerei angenommen; für
Pest bezogen dieselben:
Haasenstein & Vogler,
Joh. G. v. Sileschlag 1,
L. Lang & Co., Ann.-Exp.
Bd. 1; für Wien alle
Ann.-Exp.: A. Oepplik,
Bd. 2, 2. Mal 5 kr., das
3. Mal 5 kr., 1. Niemergasse 13,
R. Mosse, Seilerstraße 2;
für's Ausland: Haasen-
stein & Vogler in Berlin,
Hamburg, Frankfurt am
Main, Basel und Paris.
Der Raum einer ein pal-
ligen Garmentseite kostet
für einmaligen Eindruck
7 kr., das 2. Mal 6 kr., das
3. Mal 5 kr. 6. W., erd. der
Stempelgebühr 30 kr.

Abonnements-Bureaus: In Mediasch bei Joh. Hedrich's Erben, Buchhandlung; in Schässburg in C. J. Habersang's Buchhandlung (C. F. Erler); in Szasz-Reen bei Herren Dengjel & Wachner, Kaufleute; in Broos bei Herrn J. F. Leonhard, Kaufmann; in Mühlbach bei Herrn J. Leonhard, Kaufmann; in Maros-Vasárhely in Herrn J. Wittich's Buchhandlung; in Klausenburg bei Herrn J. Stein, Buchhändler; in Bistritz bei Herren Scholl & Comp. Buchhändler; in Kronstadt bei Herrn Heinrich Zeidner, Buchhändler; wofolbst die Abonnements-Beträge franco erbeten werden.

Nr. 38.

Sermannstadt, Dienstag am 16. Februar

1875.

Politische Uebersicht.

Sermannstadt, 15. Februar.

Bekanntlich pflegt Sr. Majestät der König die Parla-
mentarischen Verhandlungen mit der größten Aufmerksamkeit zu verfolgen und be-
weilt jedes einzelne Detail der Beratungen gründliche Kenntniß.
Gelegentlich der jüngsten Budgetdebatte hat der König — wie „Köszérdek“
meldet — dem Ministerpräsidenten Witto nach dessen Rede auf telegra-
phischem Wege die oberhöchste Zufriedenheit ausgedrückt.

Ueber die Stellung, welche Graf Andrásy zu der gegenwärtigen
Partei- und Ministerkrisis in Ungarn einnehme, wird dem „Pester
Klopp“ aus Wien geschrieben:

Die Neugestaltung der Dinge, wie sie in Ungarn sich zu vollziehen
im Begriffe steht, kann, in Beziehung zu dem Ausgleich gebracht, gewiß
nicht anders denn als eine Erweiterung und Kräftigung der Grundpfeiler
desselben angesehen werden. Gewinnt das staatsrechtliche Gebilde des
Ausgleiches an Kraft und Festigkeit, dann kann doch unmöglich die Stellung
jener, die an seiner Festigung mitgewirkt haben, angegriffen oder geschwächt
erscheinen. Die Persönlichkeit des Grafen Andrásy, als eines dieser Mit-
arbeiter, ist also schon infolgedessen jeder passiven Betheiligung entzogen. Noch
weniger aber kann seine dormalige amtliche Stellung als tangirt angesehen
werden. Wenn je ein Ministerium an's Ruder käme, das an der staats-
rechtlichen Grundlage, wie sie der 1867er Ausgleich schuf, rütteln oder
sich den leitenden Gedanken der auswärtigen Politik gegenüber prinzipiell
feindlich stellen würde, dann allerdings würde Graf Andrásy, dessen dort
man wohl versichert sein, wie er dies ja bereits in einem früheren Falle
gethan, ungekündigt offen Stellung nehmen und die Wahl zwischen den
Personen bündig zur Entscheidung bringen. Von allen diesen Even-
tualitäten liegt aber heute keine einzige vor und der Minister des Auswärtigen
hat keinen Grund, sich prinzipiell eine Ingerenz auf die Entwicklung der
Krisis zuzumuthen. Dort aber, wo, wie in diesem Falle, eine solche grund-
sätzliche, höhere Veranlassung zu einer Intervention nicht vorhanden ist,
sich lediglich in Personenfragen einzumischen, dazu spricht sich der Minister
des Auswärtigen selbst jede Berechtigung ab. Um aus purer Passion sich an
der Sache zu betheiligen, dazu dürfte sie aber viel zu wenig einladend sein.

Der konfessionelle Ausschuss beschloß prinzipiell die Einführung der
Civilheirath, lehnte jedoch die Stellung bezüglich der Einführung der
Hämie ab. — Die „N. fr. Pr.“ betrachtet die Ehegesetz-Reform angesichts
der Vorgänge im Ausschuss als begraben.

Der Conventions-Ausschuss beauftragte ein neues Subcomité, bestehend
aus Sturm, Kopp, Heilsberg, Granisch und Weber, mit der Ausarbeitung
des Civilheirath-Gesetzes.

Zur Charakterisirung der augenblicklichen Lage in Wien schreibt
der dortige Correspondent des „B. T.“: Heute handelt es sich hier schon
nicht mehr darum, ob auch unser Cabinet Auer'sperg den Tod im Herzen
fühlt, sondern lediglich darum, wer es beerben werde? Und da stehen
unsere diversen Politiker allerdings am Berge. Es werden viele Namen
genannt, besonders Kellersperg. Was aber der Situation ein nicht leicht
mitzuverstehendes Gepräge gibt, ist, daß der durch seine clericalen Ten-
denzen bekannte Graf Taaffe, der Jugendfreund unseres Kaisers, von
seinem Tyroler Statthalterposten plötzlich hierher berufen wurde. Graf
Taaffe aber ist der geborene Held aller Uebergangsmministerien. Unter
seiner Präsidentschaft Dr. Unger krank geworden, und so wissen unsere
Offiziere in ihrer wachsenden Verzweiflung schon gar nicht mehr, woran
sie sind. Um so toller sind die Gerüchte, die im Publicum kursiren. Man
vermuthet im Volke einen totalen Umschwung, dürfte sich aber erst am ge-
linden Anfange desselben befinden. Welchen Tenors dieser Umschwung

aber überhaupt sein dürfte, ist leicht daraus zu ersehen, daß schon unter
dem jetzigen Ministerium an sämtliche eisleithanische Schulämter die
Weisung erging, es nicht zu dulden, daß die Schüler Schreibhefte mit
in die Schule brächten, auf deren Umschlägen Bilder preussisch-deutscher
Siege seien. Im Kleinen sind wir ja immer groß. Eines Gerüchtes
von Kreisen ausgehend aufricht, welche allerdings nicht ohne Fühlung mit
dem Hofe sind. Hiernach jünde eine nahe Auflösung des Reichsrathes
in Aussicht. In der Zwischenzeit bis zu den Neuwahlen würden Ver-
handlungen sehr enger Natur mit der staatsrechtlichen Opposition
stattfinden, welche um jeden Preis zur Beschaffung des nächsten Reichs-
rathes gewonnen werden müssen, um diesen stark zu machen, dem finan-
ziellen Anstehen der Magyaren entgegenzutreten, die uns in eine neue
Zwangslage hineinzubringen, und abgesehen von anderen Liebeshändeln,
die Staatschulden mit kurzen Fristen, die ihnen so unangenehm sind,
in dauernde Rententitel umwandeln wollen. Wenn dieses Gerücht sich
bewahrheitet, so glaube ich um so eher annehmen zu dürfen, daß der
jetzige Statthalter von Tyrol demnächst wieder die jetzige Wohnung Kaiser's
in Jernern dem Grafen Gernowitzer Bahn den Weg bahnt, den dieser allerdings wohl
früher zurückfinden dürfte.

Die „N. fr. Pr.“ geht zu, daß das österreichische Ministerium,
falls es die Vertrauensfrage stellt, die Majorität des Abgeordnetenhauses
veröffentlichtes Memorandum über die österreichische Eisenbahn-Politik ist
wirklich offiziellen österreichischen Ursprungs und von der Regierung dem
österreichisch-ungarischen Botschafter Karolyi zugesendet worden, der es
welchem die Veröffentlichung zum Zweck der Verhütung veranlaßt wurde.
— Die Gerüchte der Wiener Journale betreffs Aufhebung der Sequ-
stration der Lemburg-Cernowitzer Bahn sind gänzlich unbegründet.

In den Handelsministerien zu Wien und Pest sind die Vorbereitungen
für den Abschluß einer Handels-Convention mit Serbien im vollen Gang.
Serbien wird zwei Unterhändler nach Wien senden, und man hofft, bis
Juni einen Abschluß zu erzielen.

Das preussische Abgeordnetenhause erlebte in erster
Lesung die Vorlagen über die Verfassung und Verwaltung der Provinz
Berlin, über die Dotation der Provinzial-Kreisverbände und über die
Provinzial-Ordnung. Die Gesetzentwürfe über die Verwaltungsgerichte
und die Provinz Berlin wurden nach Kaiser's Antrag an eine einund-
zwanziggliedrige Commission verwiesen, welche durch sieben technische Mit-
glieder des Hauses verstärkt wird. Das Dotations-Gesetz wurde an eine
besondere einundzwanziggliedrige Commission verwiesen.

Die französische National-Verammlung hat mit 322
gegen 310 Stimmen das Amendement Pascal Duprat's von der Linken
angenommen, worauf der Senat aus Wahlen hervorgehen, und zwar
von denselben Wählern gewählt werden soll, wie die Mitglieder der De-
putirtenkammer. — Der Vorsitzende der Verfassungs-Commission, Watie,
bemerkte, daß von dem durch die Commission vorgelegten Entwurfe nur
wenig übrig bleibe, und verlangte einen Aufschub der Beratungen, damit
die Verfassungs-Commission neue Beschlüsse vorlegen könne. Die Sitzung
wurde alsdann aufgehoben. — Das Amendement Duprat wurde von der
Linken unterstützt, vom rechten Centrum jedoch bekämpft. Es wurde an-
genommen, weil etwa dreißig Bonapartisten dafür stimmten und etwa
fünfzig Legitimisten sich der Abstimmung enthielten. Man glaubt, daß
das rechte Centrum nunmehr das ganze Senatsgesetz verwerfen werde.
Die Majorität, welche das Amendement Pascal Duprat's, nach welchem
die Wahl der Senatoren durch das allgemeine Stimmrecht zu erfolgen

hat, angenommen hat, bestand aus sämtlichen Republikanern und Bona-
partisten und einigen Legitimisten. Das rechte Centrum ist in Folge
dieser Abstimmung verblüfft und droht, bei der dritten Lesung die con-
stitutionellen Gesetze zu verwerfen. Die Legitimisten und Bonapartisten
sind in Folge der Abstimmung freudig erregt und hoffen, daß nun Alles
in Frage gestellt sein werde. — Das linke Centrum hielt nach der Sitzung
eine Versammlung, in welcher vier Mitglieder, nämlich Casimir Périer,
Richard, Léon Say und Christophle, delegirt wurden, um mit der Linken
und äußersten Linken ein Programm zu vereinbaren, auf Grund dessen
die Majorität vom 30. Januar wiederhergestellt werden könnte. — In
Verfall des herrschte mittlerweile allgemeine Verwirrung und Verblüffung.
Der italienische Justizminister hat an den General-
Procurator beim Appellhofe von Rom ein Schreiben gerichtet, um den
Zweifel über die Absichten der Regierung in Bezug auf Geistliche zu
beseitigen, welche die Gesetze auf der Kanzel oder anderweitig, besonders
aber in Rom, verlesen. — Das Schreiben bestätigt die zu wiederholten
Malen abgegebenen Erklärungen, daß die Regierung ebenso, wie sie treu
in der Achtung der Freiheit der Kirche ist, gleichfalls entschlossen ist,
feinere Mißbrauch oder Verletzung der Gesetze zu dulden. — Die Un-
verletzlichkeit des Papstes wegen seiner Aemter, welcher Art sie auch immerhin
an den Kirchenthronen zu affirmiren, schließen die Verantwortlichkeit der
Staates beledigen. — Die Staatsanwaltschaft mußte auch die Aus-
führung des Artikels 17 des Garantiegesetzes ins Auge fassen, welcher
jedem den Gesetzen, der öffentlichen Ordnung oder Privatrechten zuwider-
laufenden Acte der Kirchenebene die Giltigkeit abspriht. — Der Justiz-
minister erachtet es für zweckdienlich, daß der General-Procurator die
Organe der öffentlichen Sicherheit auffordere, die Reden des Clerus zu
überwachen und jede Rede, welche eine strafgerichtliche Ahndung nach sich
ziehen könnte, zur Kenntniß zu bringen, welcher letztere Umstand
jedoch, wie der Justizminister hofft, im Interesse der Religion und des
Staates nicht eintreten werde.

Die ungarische Ministerkrisis.

Wien, 13. Februar.

Witto wurde heute Mittags um 1 Uhr zum zweiten Male von
Sr. Majestät empfangen. Schon in der ersten Audienz hatte der König
um die Demission des Cabinets annehmen noch nicht genügend geklärt,
sich mit großem Nachdruck dahin ausgesprochen haben, daß die Fusion des
linken Centrums mit der Deakpartei wohl als erfreuliches Ereigniß zu
betrachten sei, voreerst aber die Bedingungen dieser Fusion, wie auch die
Vorbereitungen der neuen Cabinetsbildung präcisirt werden müssen. —
In der heutigen Audienz wurde Witto durch Sr. Majestät mit der Auf-
trag betraut, die diesbezüglich notwendigen Schritte zu thun und die
Verhandlungen schleunigst einzuleiten. Dadurch ist die Beilegung der
Krisis und die Bildung des neuen Cabinets auf längere Zeit hinaus-
geschoben. Witto beharrt bei seiner Demission.

Witto kommt morgen Abend oder spätestens Montag Früh in Pest
an. Sr. Majestät wird sich ebenfalls nach Pest begeben, aber erst dann,
wenn die einzuleitenden Unterhandlungen mit Tisa und dem linken
Centrum bereits zu einem Resultate gediehen sind.

Dem „Neuen Pester Journal“ wird unter demselben Datum be-
richtet: Aus positiver Quelle kann ich Ihnen mittheilen, daß im un-

Fenilleton.

Ein stummer Zeuge.

(Criminalgeschichte von Rudolph Scipio.)
(Fortsetzung.)

Bei den Worten Arnold's hatten sich die Züge des Gefangenen
für einen Augenblick aufgelockert; doch gleich darauf nahmen sie wieder
ihren vorigen finstern Ausdruck an. „Ich danke Ihnen,“ entgegnete er
kurz, „doch auch jetzt noch ich Ihnen nichts anderes mittheilen, als das,
was Sie bereits wissen und was ich gestern bereits über meine Anwesen-
heit im Hause meines Onkels angab. Ich habe nur etwa zehn Minuten
mit ihm gesprochen und da wir im vorderen Komptoir standen, so hat
der Diener meine Stimme, als ich den Antrag meines Onkels zurückwies,
gehört. Ich bin unmittelbar darauf von ihm weggegangen, jene von dem
Diener gehörten lauten Worte sind fast meine letzten gewesen.“

„Man hat“, versetzte der Assessor, „die Leiche im Privatkomptoir
des Kommerzienrathes gefunden und das noch geöffnet vor ihm liegende
Buch enthält als letzter Posten die von Ihnen geleistete Zahlung, an der
nur die Angabe der Summe fehlt.“

„Zu meiner Gegenwart hat eine Eintragung in ein Buch nicht
stattgefunden. Mein Onkel notirte die Zahlung während wir sprachen
auf einen Zettel, den er bis zu meinem Weggehen neben sich auf das
Pult legte.“

Arnold horchte auf. Wenn Bode die Wahrheit sprach, so konnte
diese Angabe, so wenig Bedeutung sie auch zu haben schien, auf die
Untersuchung von Einfluß sein. Vielleicht fand der betreffende Zettel sich
noch vor. Er verließ den Gefangenen und begab sich zum Hause des
Kommerzienrathes. Dort ließ er die verschriebenen Papierkörbe durchsuchen;
trotzdem man jedes darin befindliche Blatt auf's genaueste betrachtete,
eine Spur des Zettels war nicht zu entdecken.

Mit Hilfe der Geschäftsbücher des Kommerzienrathes war inzwischen
die Höhe der entwendeten Summe festgestellt; dieselbe belief sich auf nahe
an zwanzig Tausend Thaler, die, wie der Komptoirist angab, mit Aus-
nahme einiger Hundert Thaler aus Banknoten bestanden hatten. Genau
vermochte er das Verhältniß nicht zu bestimmen, doch war er der Ansicht,
Bäcker's aufgefunden Summe mindestens um das Dreifache überstiegen
haben müsse.

Seine Aussage wurde von seinem Kollegen, der inzwischen von
seiner Reise zurückgekehrt war und als rechte Hand des Kommerzien-
rathes auf's genaueste mit dessen Angelegenheiten bekannt war, bestätigt.
Dieser hielt den Betrag an Silbergeld noch für etwas höher, da er
selbst kurz zuvor eine namhafte Summe in lauter harten Thalern ein-
gehandelt hatte.

Arnold begab sich nochmals, von mehreren Polizisten begleitet, nach
dem Pachthofe und ließ zum zweiten Male den Garten und sämtliche
Gebäude auf's sorgsamste untersuchen, doch ohne den geringsten Erfolg.
Wohin das übrige Geld gekommen, blieb ein vollkommenes Räthsel, welches
mandherlei zu denken gab.

Dem — sagte sich der Assessor — wenn Bode wirklich das Geld
geraubt hatte, weshalb würde er dann diese verhältnißmäßig unbedeutende
Summe dort vergraben. Die Banknoten ließen sich allerdings leicht an
irgend einem andern Orte aufbewahren; für die würde auch die feuchte
Erde des Gartens kein besonders guter Aufbewahrungsort gewesen sein;
— aber das andere Geld? Arnold mochte sich indessen die Sache noch
so oft überlegen als er wollte, auffallend war der erwähnte Umstand
doch konnte er keinerlei Erklärung dafür finden.

Man hatte inzwischen auch die andern Bewohner des Pachthofes
vernommen. Einer der Knechte hatte den Bäcker noch spät aus dem
Garten kommen und über den Hof nach dem Hause gehen sehen. Was
sein Herr im Garten gethan habe, wußte er nicht anzugeben, er glaubte
aber bemerkt zu haben, daß dieser, als er ihm begegnet, ausgehoben und
in den Säulenhallen des Hauses getreten sei. Anfangs hatte der Knecht, der

diesem Zusammentreffen keine weitere Bedeutung beilegte, kaum hierauf
geachtet und erst später, als er die Verhaftung seines Herrn erfahren,
war ihm dieser Umstand wieder aufgefallen.

Ein anderer Zeuge hatte bei Gelegenheit eines Ganges nach dem
aussteigen sehen.

Diese Angabe brachte zwar an sich wenig Licht in die Sache, doch
wurde der Assessor dadurch wieder an die Mittheilung des Kutschers er-
innert, der ihn am Tage nach dem Morde zu dem Pachthofe gefahren
hatte. Dieser wurde jetzt ebenfalls vernommen. Er berichtete, daß am
Abend, an dem der Mord geschehen war, ein Herr auf der Straße zu
ihm gekommen sei, mit der Aufforderung, ihn gegen ein gutes Trinkgeld
nach dem Zwederndorfer Hofe zu fahren. Ob dieser Herr der
Pächter Bode gewesen, wußte der Kutscher nicht. Es war zu dunkel ge-
wesen, um ein Gesicht erkennen zu können. Der Kutscher hatte sich auch
nicht die Mühe genommen, den Herrn näher anzusehen, der außerdem
gleich in den Wagen gestiegen sei, als ob er es sehr eilig gehabt habe.
Umweil des Pachthofes hatte der Passagier halten lassen und war aus-
gestiegen. Der Kutscher glaubte, bei dieser Gelegenheit bemerkt zu haben,
dass jener einen schweren Gegenstand getragen; man habe das an seinem
Gange sehen können. Der Kutscher hatte logischer vermuthet, daß es Geld
gewesen sein müsse. Auch die Höhe des empfangenen Trinkgeldes von
zwei Thalern außer dem Fahrgelde, hatte ihn hierin bestärkt. Als der
Bursche zurückgekehrt war, hatte er die Nachricht von dem Morde gehört.

Der Assessor spielte äußerlich die Rolle eines Kriminalrichters;
trotzdem Bode's gehalten haben. Arnold hatte sich nach seiner letzten
Unterredung mit diesem und besonders in Folge seiner mehrmaligen An-
wesenheit auf dem Pachthofe, wo er wiederholt mit Genuß zusammen-
getroffen war, eingeredet versucht, daß er als Mensch von der Unschuld
Bode's überzeugt sei, und daß der Kriminalassessor Arnold mit dieser
Ansicht des ehemaligen stud. jur. Arnold nicht recht übereinstimmte, hatte

garischen Ministerrath die Frage, wen Bittó Sr. Majestät als Nachfolger empfehlen soll, keinen Gegenstand der Beratung gebildet habe. Die Frage wurde nicht in den Kreis der Besprechungen gezogen. Ministerpräsident Bittó kam mit der Absicht nach Wien, falls er diesbezüglich durch Sr. Majestät um eine Meinungsabgabe werde angegangen werden, nicht bloß eine Persönlichkeit zu nennen, sondern mit einem Tarnwort hervorzutreten. Ministerpräsident Bittó beabsichtigte die Namen Szilágy, Gorode und Wenzheim zu nennen. Es kam aber nicht dazu, da die Frage der Wahl eines neuen Ministerpräsidenten erst später in den Vordergrund treten wird. In maßgebenden Kreisen erblickt man in der heutigen Situation noch nicht die Garantie einer sicheren Parlaments-Majorität. Die Modalitäten festzustellen, unter welchen eine solche zu erzielen sei, ist Aufgabe der von Bittó mit Tísa und dem linken Centrum einzuleitenden Verhandlungen. Von Sennyey und Lonyay ist keine Rede.

Im Laufe des heutigen Nachmittages war hier in sonst eingeweihten Kreisen allgemein die Nachricht verbreitet, daß gegen die in Pest geplante und bereits für fertig angesehene Coalition an maßgebender Stelle Bedenken erster Natur erhoben worden seien. Die Erklärungen Tísa's werden für nicht vollständig angesehen, und wird auf die Notwendigkeit weiterer Aeußerungen seitens des Führers des linken Centrums hingewiesen. Trogem soll ein Unterschied zwischen der heutigen und der vorjährigen Situation an maßgebender Stelle zugegeben werden. Von Tísa wird nicht, wie im März vorigen Jahres, eine im Parlamente abzugehende Emunziation, sondern eine bindende Erklärung privater Natur verlangt werden. Man erblickt in der Aufgabe, mit welcher Bittó betraut wurde, das Ansehen dafür, daß Sr. Majestät am liebsten den gegenwärtigen Ministerpräsidenten an der Spitze des zukünftigen Cabinets sehen würde. Bittó wird formulierte Propositionen nach Pest bringen, bezüglich welcher sich Tísa zu äußern haben wird. Dieselben beziehen sich auf den Staatsrechtlichen Ausgleich und auf die Wiederherstellung des finanziellen Gleichgewichtes. Bittó's Mission ist in erster Linie nicht die Bildung des neuen Cabinets, sondern — wie Sr. Majestät sich ausgedrückt haben soll — die Perfektionierung der Parteifusion.

„Pester Lloyd“ meldet: Es ist unwar, daß der Kaiser diese oder jene Persönlichkeit perhorreszire; die Personenfrage ist überhaupt noch gar nicht zur Sprache gekommen. Der Monarch betont lediglich den korrekt-parlamentarischen Standpunkt, indem er begehrt, die neuformirte Partei solle den Mann ihres Vertrauens vorschlagen, bis dahin aber betrachte er Bittó als den Träger des Vertrauensvotums, den er mit den einleitenden Negotiationen betraue, wobei Letzterem freie Hand gelassen ist.

In hiesigen finanziellen Kreisen macht die Nachricht, daß Ghyccy's Rücktritt unwiderruflich sei, die peinlichste Sensation.

Aus ungarischen Blättern.

„Pesti Napló“ beschäftigt sich mit den Differenzen, welche zwischen Tísa und Ghyccy bezüglich der Bedeckungsfrage bestehen, und kennzeichnet dieselben noch einmal dahin, daß Ghyccy 13 Millionen, Tísa hingegen nur 5 Millionen durch Steuererhöhung bedeckt wissen will. Darauf übergeht „Napló“ auf die Einnahmen, die man sich von wirtschaftlichen Reformen verspricht, wie beispielsweise von der Revision des Zoll- und Handelsvertrages, und weist nach, daß Lonyay, Sennyey und Tísa sich Jeder die Lösung dieser Frage anders vorstelle und daß man weder über die Größe der aus dieser Angelegenheit zu gewinnenden Beträge, noch über die Art der Lösung im Klaren ist.

„Közérdek“ ventilt die Differenzen, welche zwischen Tísa und der Deak-Partei bezüglich der Finanzfragen und der inneren Politik bestehen. In ersterer Hinsicht wisse man nicht genau, ob die Finanzpolitik Ghyccy's auch wirklich die Finanzpolitik der Deak-Partei sei, aber eine Ausgleichung der Differenzen in diesem Punkte scheint nicht unmöglich. Was aber die inneren Fragen betrifft, so werde eine Verständigung um so leichter sein, als die Deak-Partei ein feststehendes politisches Programm für innere Angelegenheiten gar nicht hat.

„Magyar Politika“ sucht nun schon in einem dritten Artikel zu beweisen, daß die Finanzpolitik Sennyey's eine vorzügliche ist und daß Ghyccy dem Baron Sennyey schweres Unrecht gethan.

Nachdem „Meforum“ am 12. d. für die Ministerschaft des Grafen Lonyay eine Ranze gebrochen, versichert sie am 13. d., das Interesse des Hauses müsse Allem vorangehen. Man müsse daher nicht fragen: wer wird folgen, sondern was wird folgen. Wer immer zur Regierung kommen mag, müsse über die Reformen, welche zu vollbringen sind, im Klaren sein und müsse auf eine starke und verlässliche Majorität zählen können.

„Hon“ möchte zwei irrige Ansichten der deakistischen Blätter berichtigen. Zunächst daß der neue Ministerpräsident nur aus den Reihen der Deak-Partei ernannt werden könne. Das sei wohl wahrscheinlich, aber durchaus nicht notwendig, denn der Ministerpräsident könnte auch sehr wohl aus den Reihen der bisherigen Opposition ernannt werden. Der zweite Irrthum ist der, wenn man einer besonderen Gruppierung der rein deakistischen Elemente das Wort redet. Das wäre nicht ein Erstarken, sondern eine neue Verwirrung des Parteilebens.

„Ellenör“ hält sich darüber auf, daß einige Blätter der Deak-Partei in der großen Majorität, welche sich für die Budgetvorlage ergab, einen Sieg der Ghyccy'schen Finanzpolitik erblickten. — Die Regierung

bei dem Letztern eine sehr unbehagliche, erregte Gemüthsstimmung hervorgerufen, in der er häufig den Affessor zu allen Theufeln wünschte.

In einer ähnlichen Stimmung befand er sich auch jetzt wieder, als er nach geschlossenem Besuche mit einem Stoß Alten unter dem Arme seiner Wohnung zuschritt. Er hörte es nicht, wie ihm unterwegs Jemand nachließ, sondern setzte unbedenklich um den hinter ihm her Trolchenden seinen Sturmschritt fort.

„Entschuldigen der Herr Affessor,“ begann sein Verfolger ernstlich; „ich wollte —“

Arnold sah ärgerlich auf. Es war der fatale Rutscher, der eben ein so albernres Zeugniß abgelegt hatte, indem die einzige genaue und zuverlässige Angabe darin die der Höhe seines Trinkgeldes gewesen war.

„Entschuldigen der Herr Affessor; ich wollte —“

„Na, was wollen Sie denn — aber machen Sie es kurz, ich habe nicht lange Zeit.“

„Ich wollte“, begann der Bursche, durch den barschen Ton und den ungebaltene Blick des Affessors eingeschüchtert, zum dritten Male: „Ich wollte Ihnen nur Ihren Handschuh wiedergeben, den Sie neulich im Wagen haben liegen lassen.“

„Da irren Sie sich“, versetzte Arnold jetzt etwas milder, „ich habe keinen Handschuh vermisst.“

Der Rutscher hatte inzwischen den fraglichen Gegenstand aus der Tasche gezogen und hielt ihn dem Affessor hin.

„Der Handschuh sieht allerdings den meinigen ziemlich ähnlich“, bemerkte Arnold, „doch wie Sie sehen, fehlt mir keiner davon.“

„Dann haben Sie ihn vielleicht gegen einen andern vertauscht; denn Sie haben ja zweierlei an — es kann auch nicht anders sein, der Handschuh hat in Ihrem Wagen gelegen, als wir von Zwickerndorf zurückkamen, und von den Anderen, die mit Ihnen darin gefahren haben, hat wohl keiner Handschuhe angehabt. Dem dicken Bürgermeister wird er auch wohl nicht passen.“

(Fortsetzung folgt.)

habe deshalb eine so starke Majorität erhalten, weil man wußte, daß sie einer solchen Majorität bedarf, um mit Ehren den Rückzug antreten zu können. Einen anderen Sinn habe das Votum der Deak-Partei nicht gehabt.

„Egyetértés“ setzt auseinander, daß der Widerstand Tísa's und mehrerer deakistischer Abgeordneter gegen die Finanzpolitik Ghyccy's nur die Formel war, in welcher der Regierungswechsel und die Parteiveränderung sich vollziehen sollte. Die Finanzpläne Ghyccy's haben demnach nur den Vorwand, nicht aber die Ursache der oppositionellen Bewegung gebildet.

„Nemzeti Hírlap“ verzeichnet die Nachricht, welche am 12. d. Abends im Deak-Club circulirt haben soll, daß abermals Bittó mit der Neubildung des Cabinets betraut werden soll.

„Hűggetlen Polgár“ will erfahren haben, daß die Mitglieder der Mittelpartei, welche zur Linken zurückgekehrt sind, wieder aus der Linken austreten werden, weil Tísa sich in seiner jüngsten Rede dagegen verwahrt hat, als hätte er seine staatsrechtlichen Principien aufgegeben.

Ungarn.

Budapest, 10. Februar. (Orig.-Corr.) Als Variante des bekannten Sprichwortes wird von Cótócs erzählt, er habe bei einer Budgetdebatte Anlaß gefunden, einem Redner zu sagen: kórkök ne tárogass**. Als Corollar wird von dem gestrigen Angriffe Paczolay's auf Lonyay gesagt, Letzterer habe sich's bestellt. Dies ist nun zwar bei der Parteistellung des vorjährigen Patrioten Paczolay als Spaß zu nehmen, indeß wird die Gelegenheit für Graf Lonyay die ernstlich betriebene Vermeidung seiner Regierungsperiode ergänsen zu können, sehr werthvoll gewesen sein. Freilich hat Ghyccy ihm wieder viele Gespinnste geriffen.

Indessen sollen sich doch die Unterwürfen auf Neujahrs-Gratulations- und ähnliche Vögen, die man fort und fort sammelt, vermehren und außer den speculationen Köpfen der Souperpartei werden noch Manchen die lebhafteste Einsicht in die große Leistungsfähigkeit des seinerzeit so arg abgetakelten Staatsmannes und — Freundschaft bestimmen, eine Namensliste zu vermehren, die sicher nicht ohne practischen Gebrauchswert sein dürfte. Auf diese Colportage deutet der Leader eines hier stark geleseenen Blattes hin.

Heute hat Gabriel Ugron in der nicht mehr ungewöhnlichen Manier d. h. mit Grobheit seinen Standpunkt den Ereignissen gegenüber klar gemacht und hat auch Gull gesprochen; allerdings, ohne im Hauje selbst Theilnahme zu finden und Wirkung zu erzielen; woran wohl die Gedanken des Redners die geringste Schuld tragen.

Budapest, 14. Februar. In Angelegenheit der Staats-Feuerversicherung werden nach „Hon“ heute im Ministerium des Innern Enquete-Beratungen stattfinden, an welchen Vertreter der Ministerien für Inneres, Finanzen und Handel, sowie Sachverständige und Vertreter mehrerer bedeutender vaterländischer Versicherungs-Gesellschaften theilnehmen werden.

Wien, 13. Februar. Der Minister Graf Pejacsevics ist gestern hier angekommen. — Der konfessionelle Ausschuß wird demnach das Altkatholikengesetz definitiv erledigen. Die „Neue freie Presse“ stellt dem Gesetze im Abgeordnetenhaus kein günstiges Prognose.

Di. 13., 12. Februar. Die hiesige „Neue Zeit“ vernimmt, daß Unterrichtsminister Streinay die Interpellation des Abgeordneten Promber über das Olmüger Domcapitel in einer der nächsten Reichsraths-Sitzungen beantworten werde. Die Antwort liegt bereits dem Minister-rathe vor.

Leuberg, 12. Februar. Dziennik Polski erwähnt eines Gerüchtes, wonach im Polenclab ein die Abstinenz-Politik befürwortender Antrag eingebracht werden soll. Dziennik fordert sämtliche polnische Abgeordnete auf, ihre Reichsrathsmandate niederzulegen, da ihre bisherige Wirksamkeit die Wähler nicht zufriedengestellt habe.

Ausland.

Berlin, 12. Februar. Fürst Bismarck sprach sich gestern zu einigen Abgeordneten sehr gereizt über die Annahme des Birchow'schen Antrages im Abgeordnetenhaus aus und erklärte, die Regierung werde der darin enthaltenen Aufforderung nicht entsprechen. In Verbindung mit dem gestrigen Votum cursirten heute neuerdings sehr bestimmte Gerüchte über Eulenburg's und Camphausen's Rücktritt, die aber sämtlich falsch sind. — Im Abgeordnetenhaus theilt der Präsident mit, daß der Abgeordnete v. Savigny (letzte preussischer Bundestags-Gesandter) gestern gestorben ist.

Paris, 12. Februar. Heute begann vor dem Assisenhofe des Seine-Departements die Proceßverhandlung des Generals Wimpffen gegen Cassagnac anlässlich der Behauptungen des Letzteren über das Verbalten Wimpffen's bei Sedan. General Ducrot sagt aus, daß der von Wimpffen dem Kaiser vorgeschlagene Durchbruch unmöglich war. Ein Theil der Armee konnte Mezieres erreichen, wenn Wimpffen die Rückzugsbewegung nicht verhindert hätte. Ducrot und andere Generale sagen aus, daß der Kaiser die weiße Fahne aufpflanzen ließ, um Blutvergießen zu vermeiden. Ducrot constatirt die Existenz zweier nicht übereinstimmender Berichte Wimpffen's über den Tag von Sedan. Andere Zeugen constatiren den Mangel einer Leitung im Obercommando.

Verailles, 12. Februar. (Sitzung der National-Verammlung) Lesfere-Pontalis (Antoin) erklärt, daß die Verfassungs-Commission der Debatte ihren Lauf lassen werde und sich vorbehalte, vorkommendenfalls sich ins Mittel zu legen. Der Kriegsminister General Gijsey sagt: Der Präsident der Republik hat uns nicht ermächtigt, an der Debatte theilzunehmen; wir müssen jedoch erklären, daß das letzte Votum der National-Verammlung die Einrichtung einer zweiten Kammer zur Folge hätte, welche die conservativen Interessen gefährden würde. Wir glauben dies erklären zu müssen, bevor der Beschluß ein definitiver ist. — Der Theil des Amendements Bardouy, wonach in jedem Departement drei Senatoren mittelst Stimmzettel in Gemäßheit der festgelegten Bedingungen der Wählbarkeit zu wählen sind, wurde mit 342 gegen 322 Stimmen angenommen. Der gesammte Artikel I, bestehend aus dem Amendement Duprat's und dem obbezeichneten Theile des Amendements Bardouy's, wurde mit 380 gegen 253 Stimmen angenommen. — Die Artikel II. und III. des Entwurfs Bardouy, betreffend die Bedingungen der Wählbarkeit, ferner die Artikel IX bis XIV des Commissions-Entwurfes werden angenommen. Der gesammte Gesetz-entwurf wird sodann mit 368 gegen 345 Stimmen verworfen. Die Sitzung dauert fort.

Madrid, 12. Februar. Der König wurde in Valladolid mit warmen Dationen empfangen. Ebuayan wurde zum Präfecten von Madrid ernannt.

Southampton, 12. Februar. Eine englische Expedition unter Dr. Schuster ist zur Beobachtung der am 6. April eintretenden Sonnenfinsternis abgegangen. Die Behörden von Indien und Siam richten bereits Beobachtungs-Stationen her.

Bukarest, 12. Februar. Die Kammer votirte dem rumänischen Gymnasium in Kronstadt die fortlaufende Jahres-Subvention von 15.000 Francs.

* Beripätet eingelangt.

** Sei so gut und theile mit mit Deiner Unterstützung vom Verbe.

Ueber die Rothenthurmer Eisenbahnfrage

hielt Herr Karl Schocher gestern im Genevevereine einen instructiven und eingehenden Vortrag, welchen wir unseren Lesern vollinhaltlich mittheilen. Derselbe lautet:

Gehrte Versammlung!

Die Frage der Weiterführung der ungarischen Bahnen nach und durch Siebenbürgen begann in Mitte der 1850-er Jahre die Gemüther der Bewohner Siebenbürgens in hohem Grade aufzuregen, es bildeten sich zwei Gruppen, von denen jede ein besonderes Eisenbahnproject aufstellte. Die eine Gruppe bildeten die Städte Klausenburg, Mediasch, Schäßburg, Kronstadt mit dem Projecte Großwardein-Klausenburg, Kofelthal-Kronstadt-Bodzan, für welches mit allen zu Gebote stehenden Mitteln gekämpft wurde, — die zweite Gruppe Broos-Mühlbach-Hermannstadt mit dem Projecte Arad-Neuwied-Hermannstadt-Rothenthurm; beide Projecte hatten ihre volle Berechtigung und war deren Ausführung im Interesse des Landes gelegen.

Diese Trennung des Landes in zwei Gruppen hatte die Folge, daß von maßgebender Seite die siebenbürgische Eisenbahnfrage zum Koder in politischer Beziehung benützt und derart eine Vereinigung der feindseligen Brüder verhindert wurde. Hätten sich die Parteien vereinigt, um gemeinschaftlich für beide Projecte zu wirken, so hätte Siebenbürgen wahrscheinlich schon seit Jahrzehnten zwei Linien, welche die ungarischen mit den rumänischen Bahnen verbänden, während wir erst vor 5 Jahren die Erste Siebenbürger Eisenbahn mit dem Endpunkte in Kronstadt und vor 3 Jahren die ungarische Dübahn mit dem Endpunkte in Hermannstadt, Maros-Bajarehely und Hermannstadt erhielten. Einen großen Einfluß auf die Haltung der Parteien soll die Ueberzeugung geübt haben, daß die Rothenthurmer Eisenbahn vielleicht früher ausgeführt würde, als die Linie Kronstadt, und hiedurch der Ausbau der letzteren überhaupt in Frage gestellt werden könnte.

Der Vorwurf, die Interessen des Landes durch eine heftige Agitation gegen die Linie Großwardein-Kronstadt geschädigt zu haben, kann Hermannstadt nicht treffen, — wir können mit voller Ruhe behaupten, daß wir nicht einmal für die Linie Arad-Rothenthurm agitirt haben, noch weniger also gegen die andere Linie, denn wir waren so fest überzeugt davon, es könne eine Eisenbahn vernünftiger Weise nur durch den Rothenthurm gebaut werden, daß wir jeden Schritt in dieser Sache gethan und jeden Kreuzer in dieser Angelegenheit verausgabte, für reine Verschwendung erklärten.

Diese Zuversicht wurde noch mehr bekräftigt durch den Ausspruch von allgemein anerkannten Autoritäten, welche für den Rothenthurmer Anschluß mit aller Entschiedenheit eintreten; ich erlaube mir aus den Männen, welche sich für den Rothenthurm ausgesprochen, nur Biere zu nennen und bin fest überzeugt, daß deren Aussprüche von Jedermann als maßgebend angesehen werden müssen.

Der Erste war der Feldmarschall Graf Moltke, welcher schon wiederholt geäußert, daß er den richtigen Weg zu finden weiß; derselbe sagt: „Außerdem weist eine Linie von Barna über den Passagepunkt Kufischuk mehr nach dem Thore Siebenbürgens, welches kein anderes, als das Thal der Aluta ist, — Hermannstadt und Kufischuk sind die Endpunkte einer Bahn, welche Transylvanien und die Donau am zweckmäßigsten in Verbindung setzen und außerdem die billigste sein würde.“

Der Zweite war der tüchtige Generalstabschef Oesterreichs, der Feldmarschall Peß, welcher sich in einer Denkschrift, wie folgt, aussprach: „Wenn auch späterhin der Linie Arad-Hermannstadt durch den Ausbau der Verbindungslinie Belgrad-Sofia-Konstantinopel der indische Postrückkehr entzogen wird, so ist dennoch der Verlust für uns ein unbedeutender, weil diese neue Verbindung denn doch bis Semlin innerhalb des österreichischen Gebietes zieht; die siebenbürgische Rothenthurm-Eisenbahn aber, welche im Ganzen nur 22 Millionen kostet, sich doch stets durch den Handel nach den Donaufürstenthümern und über Trapezunt nach Persien allein schon rentiren wird.“ — „Für unsere Regierung aber müßte im gegenwärtigen Augenblicke als Princip der Bau der beiden Eisenbahnen in Siebenbürgen angenommen, daher festgestellt werden, daß der Klausenburg-Kronstädter Bahn wohl allerdings eine Zinsengarantie bis auf 5% bewilligt, ihr aber keine Concession in dieser Hinsicht gemacht werden sou, durch welche der Bau der Arad-Rothenthurmer Bahn, die uns den Welthandel zubringt, unmöglich wird.“

Der Dritte ist der General-Director der k. k. österreichischen Staatsbahn Ritter von Egerth, welcher vom Eisenbahn-Ausschusse des Wiener Reichsrathes als Experte berufen, erklärte: Die Herstellung der Verbindung Arad-Hermannstadt-Rothenthurm-Bukarest sei eine absolute Nothwendigkeit für das Reich, da nur auf diesem Wege ein großer Theil des Welthandels den österreichischen Bahnen zugeführt werden würde.“

In gleichem Sinne sprach sich über Aufforderung deselben Ausschusses der k. Rath und Director der Theißbahn Herr J. Simle aus. Es dürfte also erklärlich sein, daß in Hermannstadt die Ueberzeugung feststand, für eine Bahn, welcher eine so große Zukunft in Aussicht gestellt war, müsse sich das erforderliche Capital ohne weitere Agitation finden, und wenn doch im Laufe der letzten 20 Jahre hier und da etwas geschah, so kann man diese bescheidenen Anläufe zu einer Agitation wohl nur dem Umstande zuschreiben, daß denn doch zeitweise ein Zweifel an der Wirksamkeit solcher Aussprüche auftauchte, da sich immer noch keine Gesellschaft zum Ausbau der Linie fand.

Sehen wir, was von Hermannstadt aus zur Realisirung des Unternehmens vom Anfange der 1850-er Jahre bis zum Jahre 1870 geschehen.

Im Beginne der 1850-er Jahre bildete sich in Hermannstadt eine Gesellschaft, welche im Vereine mit dem Hauje Rothschild in Wien die Strecke Neuwied-Rothenthurm tractiren ließ, das bezügliche Operat aber, da das nöthige Bancapital nicht gefunden werden konnte, der Theiß-Eisenbahn-Gesellschaft gegen Vergütung der Kosten überließ.

Anfangs der 1860-er Jahre wurde eine Deputation nach Wien entsendet, um die hohe Regierung und den Reichsrath zu bestimmen, den Ausbau der Linie Arad-Hermannstadt-Rothenthurm sicher zu stellen.

Dieser Deputation mag es zum Theil zugeschrieben werden können, daß es in der Allerhöchsten Resolution an den damaligen Handelsminister vom 14. Juli 1862 lautet:

„Indem Ich im Grundzuge die Fortsetzung der Theiß-Eisenbahnen von Großwardein und von Arad durch Siebenbürgen an die walachische Grenze über Kronstadt als auch über Hermannstadt gestatte, ermächtige Ich Sie zum Behufe der Sicherstellung dieser Fortsetzungsbahnen, mit tauglichen Unternehmern in Verhandlung zu treten und hiebei nach den gestellten Anträgen vorzugehen.“

„In betref der Unterhandlung mit der fürstlich walachischen Regierung wegen des Anschlusses der siebenbürgischen Bahnen an jene in der Walachei, haben Sie sich mit Meinem Ministerium des Aeußern in das Einvernehmen zu setzen.“

Wie wenig Erfolg auch die Allerhöchste Resolution hatte, ist bekannt, die Verhandlungen wurden in die Länge gezogen und mit den siebenbürgischen Bahnen, wie schon erwähnt, Politik getrieben, indem man bald den Vertretern der einen, bald denen der andern Linie den Ausbau versprach, — thatsächlich aber keine zu fördern den Willen hatte, und so die Interessen des Landes auf das Schwerste schädigte.

Das Jahr 1867 gab der Stadt Hermannstadt neuerdings Gelegenheit, für die Rothenthurmer Linie einzutreten. Das kön. ungarische Communications-Ministerium hatte nämlich unter dem 20. August 1867 das Eisenbahngesetz für Ungarn und seine Nebenländer veröffentlicht, worin nur eine Linie durch Siebenbürgen als Hauptlinie bezeichnet war, und

war die Linie Großwardein-Hermannstadt nur mit einer Nebenlinie, welche die Gefähr, welche und in einer von der 1867 dem hohen Ministerium der hiesig sprechenden als zweiten Ausgangspunkt Die in der Denkschrift Thatsache hielt die Hermannsie der festen Ueberzeugung Geltung kommen, und war Aus dieser sicheren gerüttelt durch den zwischen Regierung vereinbarten Bzwor drei Anstufpunkte worin der Rothenthurm je Betrags-Entwurf wurde nicht genehmigt.

Nach Verlauf von 20 thurmer Anschlusses schlimmer war nicht nur nicht zur aus aller Combination entfiel Die bisher in dieser endlich zur Ueberzeugung, es vorgezeichneter Weg müßte wenig förderlich zur Realis 5 Jahre eine Kundgebung man mit aller Energie und die siebenbürgische Industrie Thatsache werden solle.

Es bildete sich im der verschiednenen Verfassun freite, alle ihm zu Gebote die Rothenthurmer Eisenba selbstverständlich von dem st thurm keine Rede sein, da mit Kapus verbunden war, bahn von Hermannstadt bis die rumänischen Linien dem gefaßt werden.

Sollte nun aber für so waren vorerst die gegen und auch falsche Anschauunge daß die Capitalsanlage in di Sollte dieses erreicht n zu wirken, und schließlich ein Behauptungen bezubringen.

Nachdem nun das Con zugehen war, aufgestellt, un scription und durch den Be gebracht, wurde in die Action Es wurde gleich erkannt Bukarest liege, da zwei Drit Drittel in Siebenbürgen lag, Rumänien in Verbindung, u und Ingenieur Peter Josef v vorerst die Kreise Himmitt und dann in Bukarest auf be Die Aufgabe, welche di geringe, da einestheils der Interesse Rumänien gelegen, Jahren agitirt worden. Na mit der Unterföderung der n die maßgebenden Persönliche daß die Kreise Himmitt und v von 1,500,000 Franc in Ma Specht der Fürst, als auch Unterföderung zusagten.

Nun galt es, die maß zeugen, daß der Ausbau de Interesse Oesterreich-Ungarns Herr Hofrath Bolloga, Be nach Pest und Wien gesendet. Während unferes Aufen des Eisenbahn-Consortiums v Brochuren „Die Eisenbahn-Prest, durch den Rothenthur ungarischen und rumänischen und Pest war unsere Bemü nicht ein so entschiedenes Reu es uns doch, eine günstiger erwähen.

Hiebei muß ich besonde als auch in Pest zwar mit eintreten, zugleich aber erklärt der Dübahn über Kronstadt sein, denn auch dieser Anstia ungarischen Bahnen erforderlic Nachdem nun das Teri es für nöthig, nunmehr den die Rothenthurmer Eisenbahn werden könne, und daß das e Betrieb dieser Bahn die Reu Als ein solcher Beweis der Linie Hermannstadt-Ro Arbeit einer Gesellschaft zugew Kreisen von vornehmlich Ansp Die diesbezüglich im U reichliche Verbindungsbahnen i zum gewünschten Ziele, inde Kostlin eine in Eisenbahn- u ih, — die Tractirungsarbeit ständige Operat dem Consorti

Vocal- und

— Der k. ung. Justizminist Begleitgerichte, Karl Krinczi, Begleitgerichte transferirt, weiters Josef Pabst, zum Ranglisten des — Aus Anlaß der All hochverordneten Leiters der De Biro, in den Ruhestand fand und Notabilitäten der Herman ihre Glückwünsche darguringen greifend zugleich war die vom dem verehrten Chef dargebrach

Frage

einem instruc-
vollinhaltlich

ten nach und
Bemühen der
bilden sich
recht aufstellte.
h. Schönbürg-
dal-Kronstadt
eln gekämpft
adt mit dem
reichte hatten
ffe des Landes

te Folge, daß
um Koder in
er feindlich
um gemein-
wahrscheinlich
in den rumä-
en die Erste
vor 3 Jahren
es-Bajarbely
Haltung der
rmer Eisen-
und biederch
könnte.

ge Agitation
ann Heran-
aupten, daß
haben, noch
t überzeugt
den Notben-
gethan und
rschwendung

anspruch von
ner Anstalt
e Männern,
u nennen
n als maß-

n wiederholt
„Außerdem
mehr nach
al der Aluta
bahn, welche
ndung seien

ereichs, der
aussprach:
den Ausbau
Postverkehr
nter, weil
sterreichern
r, welche im
Handel nach
allein schon
egenwärtigen
Siebenbürgen
Kronstädter
igt, ihr aber
h welche der
del zubringt,

den Staats-
des Wiener
der Ver-
solute Not-
r Theil des
rde.“
selben Aus-
simke aus.
eberzeugung
nicht gestellt
tion finden,
was geschah,
hl nur dem
der Wirk-
Gesellschaft

g des Unter-
O gesehen.
nstadt eine
in Wien die
perat aber,
der Theiß-
nach Wien
timmen, den
stellen.
den können,
deksminister
Eisenbahnen
walachische
ermäßigte
bahnen, mit
bei nach den
schiffen Ver-
an jene in
Aeußern in

war der Linie Gherla-Cluj-Kronstadt, während
Hermannstadt nur mit einer Flügelbahn bedacht war.

Die Gefahr, welche hierin für Hermannstadt lag, wurde erkannt,
und in einer von der Stadt- und Stahls-Verwaltung im November
1867 dem hohen Ministerium unterbreiteten Denkschrift, unter Darle-
gang der hierfür sprechenden Gründe um die Aufnahme des Rothenthurmes
als zweiten Ausgangspunkt in die Walachei, petitionirt.

Die in der Denkschrift zu Gunsten des Rothenthurmes angeführten
Thatsachen hielt die Hermannstädter Vertretung für so maßgebend, daß
sie der selben Ueberzeugung war, es müsse dieser Anschlag denn doch zur
Geltung kommen, und wartete fünf Jahre auf die Erfüllung dieser Bitte.

Aus dieser sicheren Ruhe wurde Hermannstadt jedoch plötzlich auf-
gerüttelt durch den zwischen der österreichisch-ungarischen und rumänischen
Regierung vereinbarten Vertragsentwurf vom 22. August 1872, worin
zwar drei Anknüpfungspunkte an die rumänischen Bahnen festgesetzt waren,
worauf der Rothenthurm jedoch wieder nicht enthalten war. — Dieser
Vertrags-Entwurf wurde glücklicherweise von der rumänischen Kammer
nicht genehmigt.

Nach Verlauf von 20 Jahren stand also die Frage des Rothent-
thurmer Anschlusses schlimmer, als sie im Jahre 1852 gestanden, denn
er war nicht nur nicht zur Thatsache geworden, es war derselbe vielmehr
aus aller Combination entfallen.

Die bisher in dieser Frage gemachten Erfahrungen führten nun
endlich zur Ueberzeugung, es sei gefährlich zu glauben, ein von der Natur
vorgezeichneter Weg müsse vom Kapital auch absolut benötigt werden, und
wenig förderlich zur Realisirung des gewünschten Anschlusses nur alle
5 Jahre eine Kundgebung zu erlassen, man kam endlich zur Einsicht, daß
man mit aller Energie und unablässig thätig sein müsse, wenn der für
die siebenbürgische Industrie absolut nötige Rothenthurmer Anstalt zur
Thatsache werden sollte.

Es bildete sich im Herbst 1872 ein Consortium aus Vertretern
der verschiedensten Berufszweige Hermannstadts, welches sich die Aufgabe
stellte, alle ihm zu Gebote stehenden Mittel anzuwenden, damit endlich
die Rothenthurmer Eisenbahn zur Thatsache werde, es konnte jedoch
selbstverständlich von dem früheren Projecte Alvincz-Hermannstadt-Rothent-
thurm keine Rede sein, da Hermannstadt nunmehr durch eine Flügelbahn
mit Kapus verbunden war, es mußte nur die Weiterführung der Eisen-
bahn von Hermannstadt bis Rimnik, als dem Punkte, bis zu welchem
die rumänischen Linien demnächst ausgebaut werden sollten, in's Auge
gefaßt werden.

Sollte nun aber für dieses Unternehmen mit Erfolg gewirkt werden,
so waren vorerst die gegen den Rothenthurm geltend gemachten Gründe
und auch falsche Anschauungen zu entkräften, und mußte bewiesen werden,
daß die Capitalanlage in diesem Unternehmen vortheilhaft sei.

Sollte dieses erreicht werden, so war vorerst mit Wort und Schrift
zu wirken, und schließlich ein unwiderleglicher Beweis für die aufgestellten
Behauptungen beizubringen.

Nachdem nun das Consortium ein Programm, nach welchem vor-
zugehen war, aufgestellt, und die erforderlichen Geldmittel durch Sub-
scription und durch den Beschluß der löblichen Stadtkommunität auf-
gebracht, wurde in die Action eingetreten.

Es wurde gleich erkannt, daß in dieser Frage der Schwerpunkt in
Bukarest liege, da zwei Drittel der Strecke in Rumänien und nur ein
Drittel in Siebenbürgen lag, man setzte sich mit einflussreichen Männern
Rumäniens in Verbindung, und entsandte die Herren Hofrath Bologa
und Ingenieur Peter Josef Frank nach Rumänien mit dem Auftrage,
vorerst die Kreise Rimnik und Pitesti für das Unternehmen zu gewinnen,
und dann in Bukarest auf besten Realisirung hinzuwirken.

Die Aufgabe, welche diesen beiden Herren zuwiefen war, war keine
geringe, da einestheils der Ausbau dieser Bahn nicht im absoluten
Interesse Rumäniens gelegen, andernteils gegen den Rothenthurm seit
Jahren agitirt worden. Nach langen Verhandlungen gelang es endlich
mit der Unterstützung der wackeren Freunde in Rimnik und Bukarest,
die maßgebenden Persönlichkeiten für das Unternehmen zu gewinnen, so
daß die Kreise Rimnik und Pitesti zur Förderung desselben den Betrag
von 1,500,000 Frank in Naturalleistungen zusicherten, und sowohl Sr.
Hochzeit der Fürst, als auch ein Theil der Regierung und Kammer ihre
Unterstützung zusagten.

Nun galt es, die maßgebenden Kreise in Pest und Wien zu über-
zeugen, daß der Ausbau der Rothenthurmer Bahn im entschiedensten
Interesse Oesterreich-Ungarns liege. Zur Lösung dieser Aufgabe wurden
Herr Hofrath Bologa, Peter Josef Frank und ich im Juli 1873
nach Pest und Wien geschickt.

Während unseres Aufenthaltes in Wien wurden die über Auftrag
des Eisenbahn-Consortiums von Herrn Peter Josef Frank verfaßten
Brochuren „Die Eisenbahn-Verbindung zwischen Hermannstadt-Rimnik-
Pitesti, durch den Rothenthurm-Paß,“ — dann „Die Anschließung der
ungarischen und rumänischen Bahnen“ veröffentlicht. — Auch in Wien
und Pest war unsere Bemühung nicht vergeblich, — wenn wir auch
nicht ein so entscheidendes Resultat wie in Bukarest erzielten, so gelang
es uns doch, eine günstigere Stimmung für den Rothenthurm zu
erwecken.

Hierbei muß ich besonders betonen, daß wir sowohl in Bukarest,
als auch in Pest zwar mit aller Entschiedenheit für den Rothenthurm
eintraten, zugleich aber erklärten, es solle dieser Anstalt einem Anschluß
der Ostbahn über Kronstadt an die rumänischen Bahnen nicht hinderlich
sein, denn auch dieser Anschluß sei für die zukünftige Rentabilität der
ungarischen Bahnen erforderlich.

Nachdem nun das Terrain hinlänglich geebnet schien, hielt man
es für nöthig, nunmehr den Beweis dafür herzustellen, daß einestheils
die Rothenthurmer Eisenbahn ohne besondere Schwierigkeiten ausgebaut
werden könne, und daß das erforderliche Baukapital und der seinerzeitige
Betrieb dieser Bahn die Rentabilität nicht in Frage stelle.

Als ein solcher Beweis erschien dem Consortium die Tractirung
der Linie Hermannstadt-Rothenthurm-Rimnik, und zwar mußte diese
Arbeit einer Gesellschaft zugewiesen werden, deren Operat in maßgebenden
Kreisen von vornherein Anspruch auf Glaubwürdigkeit machen konnte.

Die diesbezüglich im August 1873 mit der Gesellschaft für öster-
reichische Verbindungsbahnen in Wien gepflogenen Verhandlungen führten
zum gewünschten Ziele, indem diese Gesellschaft, — deren Director
Koslin eine in Eisenbahn- und Finanzkreisen hochachtete Persönlichkeit
ist, — die Tractirungsarbeit übernahm und im März 1874 das voll-
ständige Operat dem Consortium übergab. (Fortf. folgt.)

Local- und Tagesnachrichten.

Hermannstadt, 16. Februar.

— Der k. ung. Justizminister hat den Gerichtsvollzieher des Cseber (Paraber)
Bezirksgerichtes, Karl Lörinczi, in gleicher Eigenschaft zum Seelschuldacher
Bezirksgerichtes transferirt, weiters den Durnisten des Karlsburger l. Gerichtshofes,
Josef Laßlo, zum Justizbeamten des Karlsburger Bezirksgerichtes ernannt.

— Aus Anlaß der Allerhöchsten Dites erfolgten Vereinerung des
hochverdienten Leiters der Hermannstädter Finanzdirektion, Alabert v.
Berro, in den Ruhestand fanden sich die Spitzen der hiesigen Behörden
und Notabilitäten der Hermannstädter Gesellschaft bei demselben ein, um
ihre Glückwünsche darzubringen. Vielleicht am anregendsten und tief er-
greifend zugleich war die vom gesammten Personale der Finanzdirektion
dem verehrten Chef dargebrachte Gratulation. Um 12 Uhr hatten sich

die Beamten der Direktion im Amstetale versammelt und unter Führung
des Finanzrathes, Herrn Stefan Tuzschor, verfügten sie sich zu Sr. Hoch-
gebornen dem Amtsef.

Im Sitzungssaale fand die feierliche Begrüßung statt. Herr Finanz-
rath v. Tuzschor sprach denkwürdig folgende innig gefühlte Worte:

Hochgeborner Herr königlicher Hof- und Ministerial-Rath!
Hochgehrter, unvergesslicher Herr Chef!

Vor Allem bitten wir, Euer Hochgebornen mögen es wohlwollend
beurtheilen, daß wir uns die Freiheit nahmen, vor Ihrer gefeierten Person
in corpore zu erscheinen; es möge Sie nicht überraschen, daß wir, die
wir nicht nur jede Ihrer Anordnungen willig befolgen, sondern auch Ihre
geheimsten Wünsche zu erfüllen und zu erfüllen getrachtet haben, uns diesmal
Ihrem uns bekannten Willen gegenüber wiedersehen.

Einen schweren Kampf hatte in unserem Herzen zu bestehen einerseits
die aus der Unterordnung fließende Pflicht, andererseits das in jeder
Menschenbrust vorhandene Rechtsgefühl. Das Letztere hat den Sieg davon-
getragen.

Wir sind demnach zwar als die Letzten erschienen, nicht nur deshalb,
weil wir für uns dasselbe Recht in Anspruch nahmen, mit welchem — nämlich
auf Grund der Verehrung für Ihre gefeierte Person — die Elite dieser
schönen Stadt erschienen ist, sondern wir sind auch dankerfüllt gekommen,
weil sich unter uns auch nicht Einer befindet, der Ihren Eudaimon nicht
an sich erprobt hätte.

Wir sind gekommen, um, dem Kranze hervorragender Persönlichkeiten
ein begehrendes Vergnügen anzufügen, unseren Glückwunsch zu der
allerhöchsten Auszeichnung darzubringen, mit der Seine Majestät, unser
allergnädigster Herr und apostolischer König über Vortrag der hohen Regie-
rung Euer Hochgebornen als Anerkennung Ihrer langen, treuen und
erfolgreichen Dienste auszuzeichnen geruhte.

Wir sind erschienen, weil der Achtstrahl, welcher sich vom aller-
höchsten Throne herab auf Euer Hochgebornen ergoß, auch auf uns seinen
Glanz ausströmte, uns stolz macht und zu neuem Danke verpflichtet.

Wir sind erschienen, damit — wenn jemals auf dem Posten, den
Euer Hochgebornen bekleidet, ein neuer Chef sein wird — der Beamten-
körper dieser Direction den Beweis geliefert habe, daß derselbe seinem
Vorstande mit eifrigher Liebe zugehört ist und daß der neue
Vorstand hier einen guten Boden vorfinden wird, in welchem der aus-
gestreute gute Same reichliche Früchte zur Reife bringen wird.

Wollen daher Euer Hochgebornen wohlwollend entgegennehmen unseren
Glückwunsch zu der allerhöchsten, verdienten Auszeichnung und indem wir
bitten, uns Allen in Ihrem edlen Herzen auch hinfünftig eine wohlwollende
Erinnerung zu bewahren, können Sie überzeugt sein, daß Ihr Andenken,
möge des Schicksals Hand uns von einem Ende des Erdballs zum andern
auch zerstreuen, in unserem Herzen nur mit dem letzten Athemzuge er-
löschen wird.

Gestatten Euer Hochgebornen schließlich, daß wir Euer Hochgebornen
in der prächtigen Sprache der alten Römer begrüßen können:

Vive longaevis viridem senectam
Vive tranquillos sine nube soles
Vive ter felix et in omni aevum
Nobilis aevum.

Unter lauten Eigenrufen schloß die Rede. Herr Ministerialrath
Berro schien durch die dargebrachte unvermutete Donation tief gerührt
und dankte in wenigen warmen Worten, in denen er namentlich betonte,
wie erfolgreich und rein seine Untergebenen ihn stets in seiner schweren
hochverantwortlichen Stellung gestützt haben.

Hierauf wurde das in den schmeichelhaftesten Ausdrücken abgefaßte
Entsetzungsdekret abgelesen, in welchem ausdrücklich hervorgehoben wird,
daß die Entsetzung nur in Folge von Änderungen im Organismus
und über das eigene Ansuchen und mit der ungeschmältesten Anerkennung
der vielfachen Verdienste geschehe — eine Anerkennung, welche für alle
diejenigen, welche die vorrühmlichen Eigenschaften des in Ruhestand ver-
setzten Herrn Ministerialrathes kennen — nur selbstverständlich erscheint.

(Die Lösung) der nach Hermannstadt zuständigen militär-
pflichtigen (im Jahre 1855 geborenen) Jünglinge findet übermorgen,
18. d., 9 Uhr Vormittags, auf dem Rauthause statt.

(Mehr Scharten!) Das k. k. Militär-Commando beab-
sichtigt, dem vom Militärärar unts von der Heltauerstraße zu einem
Gegenzugplatz käuflich erworbenen Grundcomplex von mehr als 120 Joch
durch Anlage einer Doppellinie, rings um die ganze, derzeit kahle Fläche,
dann durch parkähnliche Bepflanzung der vorkommenden spitzwinkligen
Partien ein gefälliges Aeußeres zu geben. Diese Anlage, für die sich,
wie uns mitgetheilt wird, auch Sr. Excellenz der Herr Militär-Commandant,
FML. Baron Ringelsheim, besonders interessiren soll, ver-
spricht ein Schmuck der Umgebung unserer Stadt und eine erwünschte
Wohlthat für die dort exerzierende Mannschaft zu werden. Wir sind
überzeugt, daß unsere Commune dem erwähnten Plane fördernd entgegen-
kommen wird.

Die vom Kellnergremium zum Besten seines Kranken-
Unterstützungsfonds gestern im städtischen Redoutensaal veranstaltete
Tanzunterhaltung war schwach besucht, dafür aber in jeder Beziehung
recht gemüthlich und ebenso amüsic.

Unsere geehrten Leser machen wir besonders auf das dem
heutigen Blatte beigelegte Preis-Verzeichniß über Gemüse, Blumen-
und landwirthschaftliche Samen von Ludwig Reschner in Herman-
stadt aufmerksam. Das Publicum kann sich mit seinen Bestellungen
vollberuhigt an diese solide und reelle Bezugsquelle wenden und versichert
sein, daß dort stets nur feinsthiger Same verabfolgt wird.

(Gasthof-Veränder.) Der Oberkellner eines hiesigen
Hotels bemerkte seit längerem, daß von den ihm inventarmäßig über-
gebenen Geräthschaften der Reihe nach mehrere abhanden kamen. Sein
Verdacht lenkte sich auf den Hausknecht, welcher einen Schwager hat, der
in verschiedenen Gasthöfen Vohndener war. Der Beschädigte erwirkte
bei der Polizei, daß bei dem Schwager des Hausknechtes eine Haus-
suchung vorgenommen wurde; diese förderte ein überraschendes Ergebnis
zu Tage; es wurden nämlich eine große Menge verschiedener Flaschen,
Bierkrüge, Servietten, Kessel, Salzfaßchen, ein seidener Regenschirm mit
ledernem Ueberzug, ein Bund mit Schlüssel zu den Passagierzimmern,
Militär-Schuhe, dito Hemden u. s. w. vorgefunden; kurz, es war da
ein förmlicher fundus instructus zu einem Wirthschaftslocale vorhanden.
Die Schlüssel zu den Passagierzimmern dürfte der gute Mann vermuthlich
dazu benötigt haben, sich in die versperrten Zimmer der Gäste während
deren Abwesenheit unbemerkt einzuschleichen und sich den einen oder
anderen Gegenstand derselben anzueignen. Von einem solchen unange-
sagten Besuche mag auch der erwähnte Regenschirm herrühren, der wohl
schmerzlich — wie man zu sagen pflegt — auf seinem Wisse gewachsen
ist, zumal mancher Reisende sich beklagt hat, daß er dies oder jenes ver-
misste. Das saubere Schwagerpaar ist dem Gerichte übergeben worden.

Eine polizei- und gerichtsbekanntes Diebin erbrach die Truhe einer
ihrer Bekannten und stahl deren rumänischen Sonntagssaat. Es gelang
der Bestohlenen, die Diebin ausfindig zu machen.

Dieselbe Gaunerin, welche vor einigen Wochen mit einem auf
den Namen eines Arztes gefälschten Zettel in einer Schnittwaarenhandlung
sich 2 Tüchel geben ließ, verjuchte gestern denselben Kniff mit einem
Bestellzettel, der den Namen einer Familie in der Unterstadt trug,
in einer andern Handlung. Der Kaufmann übergab jedoch die Waare dem
Belehrling, damit dieser sie selbst in das bezeichnete Haus trage. Die

Gaunerin, schennd, daß die Sache schief gehe, ließ den Belehrling, als das
Haus, wohin die Waare getragen werden sollte, nicht mehr ferne war,
unter dem Vorwande, sie habe noch einen Gang zu machen, voraus gehen.
Als der Belehrling bei der Familie erschien und die Waare übergeben wollte,
stellte sich der Betrug bald heraus. Die Gaunerin selbst wurde bald
ausgesperrt und eingebraut. Ueberhaupt sollte das Publicum den Um-
stand berücksichtigen, daß die Geschäftsleute, welche doch besorgen müssen,
die bestellende Kundenschaft könnte es übel aufnehmen, wenn ihr die ge-
wünschten Gegenstände durch ihren Dienstboten nicht sofort ins Haus
geschickt werden, nicht zu jeder Zeit ihren Belehrling oder Gehilfen ent-
behren können; hiedurch kommen sie aber oft zu empfindlichen Verlusten;
mit Rücksicht hierauf wäre es denn doch angezeigt, daß der Besteller
oder die Bestellerin, im Falle es nicht möglich ist, selbst zu kommen,
mindestens eine im betreffenden Geschäft bekannte Vertrauensperson um
die gewünschte Waare schicke.

Nächsten Sonntag, 21. d., erfolgt in Blasendorf die Conse-
cration des neuernannten Lugoser gr.-fath. Bischofs Dr. Victor Michalyi.
Den Consecrationsact nimmt Sr. Exc. der Herr griech.-fath. Erzbischof,
Metropolit Dr. Johann Banca vor.

(Todesfall.) Der Professor des Brader gr.-orientalischen
Gymnasiums, Peter Banca, ist am 8. d. M. im 27. Lebensjahre
gestorben.

Der Thordauer Spartassa-Verein hält seine ordentliche Jahres-
Hauptversammlung am 14. März l. J. in Thorda ab.

(Acht Posträuber gehängt.) In Vinkovce wurde
am 11. d. M. das Standgericht über die Theilnehmer an dem jüngsten
Postraube und des im Jahre 1871 verübten Postraubes abgehalten und
wurden acht Mitschuldige durch den Strang hingerichtet.

(Ueber den Brand des königlichen Theaters in
Edinburg) wird heute folgendes Nähere berichtet: „Das Feuer brach
Samstag Nachmittags aus und bevor es unterdrückt werden konnte, war
das Gebäude vollständig zerstört. Um 2 Uhr hörte man den Knall
einer Explosion und sah Flammen in der Nähe der Bühne hervorbre-
chen, die in wenigen Minuten ganz in Brand gesteckt war. Einige
Frauen, die in den Garderoben beschäftigt waren, hatten kaum Zeit,
sich zu retten. Alle Spritzen der Stadt waren binnen kurzer Zeit auf
dem Brandort, aber man hatte von vornherein keine Aussicht, das Haus
erhalten zu können. Nach einer halben Stunde brach schon das ganze
Dach ein und zerstörte die innere Einrichtung vollständig. Das Edin-
burgher Theater ist nun schon dreimal niedergebrannt, zuerst 1853 und
dann 1865, wobei sechs Menschen durch den Einsturz einer Mauer er-
schlagen wurden. Das jetzt abgebrannte Haus und die innere Einrich-
tung waren für 16,000 Pfd. Sterling versichert. An fünfhundert Per-
sonen, die daselbst angestellt und beschäftigt waren, sind nun ohne Er-
werb.“

(Aus Sinesien.) Zur Arznei, welche Verlangen tragen,
ihr Glück am Hofe von China zu probiren, empfiehlt sich die nachstehende
Rezepte zur Kürture, welche nach dem Ableben des früheren chinesischen
Kaisers verfaßt wurde: „Der Kaiser ist am 12. Januar gestorben.
Prinz Kong wird wahrscheinlich die Regentschaft haben. Der Chef
der Hofärzte wurde geköpft.“ — Es scheint demnach, daß die
Köpfe sämtlicher Hofärzte in Peking immer bedenklich wackeln, sobald
der „Sohn des Himmels“ erkrankt ist. Tritt der Tod ein, dann muß
der Kopf herunter, wie der vorliegende Fall zeigt. Die chinesischen Ärzte
werden diese — lächerliche Belohnung zu schätzen wissen.

(Kocher in Marichiren.) In einigen Theilen der italienischen Armee
ist eine Aenderung eingeführt worden, die beweist, das Eisen der auf dem Marsche
benötigten Mannschaften schon während des Marsches zu suchen, so daß die Soldaten
essen können, sobald halt gemacht wird. Die neue Erfindung beruht auf dem alt-
bekannten Prinzip der Wärme-Isolirung. Ihre Anwendung ist äußerst leicht und
einfach. Der ganze Apparat besteht nämlich aus einem Kochtopf mit hermetisch
schließendem Deckel. Sobald das Wasser siedet, wird der Topf in einen isolirenden
Sack von cylindrischer Form gethan. Dann behält das Wasser im Topfe seine Siede-
hitze und kocht, während der Soldat marschirt, dessen Mahlzeit. Da der Kochtopf
luftdicht verschlossen ist, so wird die Hitze während und schmackhafter, als bei der
bisher üblichen Zubereitung. Der Apparat wird mit möglichst geringem Umfange
hergestellt, so daß er auf einem Maulthiere auch bei Alpen-Übergängen transportirt
werden kann.

(Gerrenprozeß im neunzehnten Jahrhundert.) Man schreibt aus
Houffach vom 20. v. M.: Man sollte es nicht für möglich halten, daß im neunzehnten
Jahrhundert noch Personen der Herzei bestrafet werden können, und doch haben
wir hier einen Heremfand. Die Ehefrau eines achtbaren Bürgers unserer Gemeinde
ist durch böse Zungen als Hure vertrieben. Einem schönen Tages erhielt der Bürger
einen ununterdrückten Brief aus Colmar, in welchem der unbekanntes Schreiben
dem Gemahl rief, seine Frau auf dem Scheiterhaufen verbrennen zu lassen, denn
dieselbe sei eine Hure u. s. w. Da die auf solche Weise verurtheilte Familie gegen
die Schulden den Strafaufrag stellen wird, dürfte bei dem zuständigen Gerichte
recht bald ein Herrenprozeß zur Verhandlung kommen.

Öffentlicher Dank.

Der Ausschuß der Hermannstädter freiwilligen Feuerwehr beehrt
sich dem löbl. Verwaltungsrathe der Versicherungsbank „Transilvania“
für die zu Feuerwehrzwecken gemachte Spende von Fünzig Gulden ö. W.
verbindlichen Dank zu sagen.

Hermannstadt, den 15. Februar 1875.

Der Feuerwehr-Ausschuß:
Dr. G. Lindner,
Obmann.

Telegramm

„Hermannstädter Zeitung v. m. d. Siebenbürger Boten.“
Wien, 15. Februar. Ueber Aufforderung des Ministerpräsidenten
Bittó trifft Koloman Tisza heute hier ein, um mit Bittó zu conferiren.
Letzterer wird über das Ergebnis der Conferenz Seiner Majestät Bericht
erstatten.

Heute Dienstag den 16. Februar 1875
im Gashaus-Local „zur Spieluhr“ auf der Sagstiege:
Production der

Tiroler Alpen-Sänger-Gesellschaft
J. Lückl

aus dem Pustertthale.
Anfang 7 1/2 Uhr. Entrée frei.

Fremdenliste.

Hotel Neurhrer. Rostnastky, Reisender aus Wien; Mayer aus Fogarash;
Sander aus Fogarash; Rosenfeld, Professor aus Mebiach.

Telegr. Wiener Cours vom 15. Februar 1875.

5% Metalliques	70.85	Ungar. Grundentlastungsbob.	79.25
5% mit Mail- u. Novem.-Zinsen	—	Emesb.	77. —
5% National-Anlehen (Silber)	75.80	Siebenb.	75.80
1860er Staats-Anlehen	118. —	Kroat.-Slav.	80. —
Bankactien	96.4	Silber	105.65
Kreditactien	220. —	R. L. Pflanz-Anlehen	5.24 1/2
London	111.30	Napoleon's-or	8.89 1/2
		101 Markt Deutsche Reichswährung	54.65

